

# Calmer Tagblatt

Nr. 139

Amis- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

98. Jahrgang.

Ercheinungsweise: 6 mal wöchentl. Einzelpreis: Die Zeile 225 Mt., Familienangelegenheiten 150 Mt., Reklamen 600 Mt. Auf Sammelangelegenheiten kommt ein Zuschlag von 100%. — Fernspr. 9

Montag, den 18. Juni 1923.

Bezugspreis: In der Stadt mit Trägerlohn 4200 Mt., monatlich. Postbezugspreis 4200 Mt., ohne Bestellgeld. Einzelnummer 200 Mt. Schluss der Anzeigenannahme 8 Uhr vormittags.

## Neueste Nachrichten.

Die französische Regierung zieht einer offiziellen Erklärung zufolge aus der Kammerdebatte und dem ihr ausgesprochenen Vertrauensvotum den Schluß, daß ihr auch ein Freisicheln zu einer noch weiteren Verschärfung des Drucks auf Deutschland damit ausgestellt worden ist. Sie wird also ihre Bergewaltigungs- und Morballe noch erweitern.

Nach der Rede des seitherigen belgischen Kriegsministers und im Hinblick auf die internen französisch-belgischen Verhandlungen über eine Antwort auf die englischen Anfragen ist anzunehmen, daß Belgien vollkommen unter französischem Einfluß steht, und daß es auch einem neuen belgischen Kabinett nicht gelingen wird, eine eigene Note in die Beziehungen zu Frankreich zu bringen.

In England wird die seitherige Politik des Zwartens und Hinzögerns weiter betrieben, die u. E. gefährlicher als der Ruhrerbruch selber ist. Baldwin und andere Politiker sprechen dauernd von der Mission Englands, der Welt den Frieden zu geben, bis wir in Europa die Kirchhofsruhe haben. Nach demselben Rezept arbeitet auch Amerika, dessen offizielle Kreise wieder betonen, daß man sich weiterhin „passiv“ verhalten werde.

Unterdessen wühlen die Konfliktreger nicht nur im besetzten Gebiet Deutschlands, sondern auch im Orient und auf dem Balkan ungestört fort. In Lausanne kann man sich über die finanziellen „Verpflichtungen“ der Türkei an die Alliierten nicht einigen, auf dem Balkan aber befürchtet man einen neuen Krieg Bulgariens und womöglich Ungarns gegen die kleine Entente, die dort dieselbe Raubpolitik treibt wie die große Entente gegenüber Deutschland. Und da die große Entente natürlich ein Zutreffen daran hat, daß die Zustände so bleiben, wie sie jetzt sind, so ist sie darauf bedacht, die Gegensätze „auszugleichen“, was ihr jedoch so wenig wie in Mitteleuropa gelingen dürfte.

## Die Verhandlungen innerhalb der Entente über das letzte deutsche Angebot.

Die außenpolitischen Verhältnisse haben sich in den letzten Wochen trotz des weitestgehenden deutschen Angebots in einer Weise zugelegt, die nur noch eine Steigerung fähig ist, nämlich der des vollständigen Chaos. Dieses Chaos herbeizuführen, entweder durch Zermürbung des Rheinlands und darauf hin erfolgenden Bürgerkrieg in Deutschland, oder durch offene Rebellion des Rheinlandes gegen die zur Unerträglichkeit sich steigenden täglichen Gewaltakte der Franzosen, und darauf hin offene Kriegserklärung Frankreichs an Deutschland zum Zwecke der völligen Vernichtung der Einheit des deutschen Volkes, ist das Endziel der französischen Politik seit dem Versailler Frieden. Die Steigerung bis zu dieser Entwicklung verfolgt die Regierung Poincaré's seit dem Einmarsch ins Ruhrgebiet durch die planmäßige Verschärfung ihres Terrors mit eiserner Konsequenz, und nur allein der übermenschlichen Besonnenheit und Disziplin der Rheinland- und Ruhrgebietsbevölkerung ist es zuzuschreiben, daß es noch nicht soweit gekommen ist. Wenn die Mehrzahl der Bevölkerung der besetzten Gebiete mit größter Anstrengung aller Willenskräfte eine Verzweiflungstat bisher zu verhüten gesucht hat, so war es nur der durchaus richtige Gedanke, daß wir in unserer heutigen Lage, wo wir waffenlos ringsum einer bis an die Zähne gerüsteten feindlichen Liga gegenüber stehen, unsern Feinden mit einem offenen Widerstand den allergrößten Gefallen tun würden, weil sie dann nicht nur die inneren Schwierigkeiten in ihren eigenen Ländern leicht überwinden, sondern auch ihre Vernichtungspläne besser „begründen“ könnten. Die inneren Schwierigkeiten gegen die Gewaltpolitik der Poincaré und Genossen sowie ihrer Trabanten in Brüssel scheinen tatsächlich von Tag zu Tag zuzunehmen, wenn das auch nach außen hin nicht so offensichtlich in Erscheinung tritt. In der Hinsicht sind uns unsere Gegner mit ihren langjährigen parlamentarischen Erfahrungen weit überlegen, aus denen sich eine raffinierte Regierkunst der Regierungen wie der Parteien herausgelöst hat, auf Grund deren Krisen irgendwelcher Art immer in einer Weise zu lösen versucht werden, daß das nationale Interesse und Ansehen darunter nicht leidet, während bei uns Partei- und sonstige Interessen vielfach den Gesamtinteressen vorangestellt werden.

Die innere Krisis in Frankreich besteht bekanntlich schon seit verwichenen Wochen, und ist in der Hauptsache auf

den wachsenden Widerstand gegen die Gewaltmethoden Poincaré's gegenüber Deutschland zurückzuführen. Der erste Angriff der Opposition ging bezeichnender Weise vom Senat aus, in dem die national zuverlässigsten Persönlichkeiten saßen, der aber auch seinem staatsrechtlichen Zweck entsprechend die Aufgabe hat, nicht nur die Kammer, sondern auch die Regierung auf die Qualität ihrer Handlungen hin zu kontrollieren, und in diesem Sinne übereilige Beschlüsse und Taten bzw. Verzögerungen zu beanstanden und so die Geschäfte des Regierungsapparats zum besten des Staatsganzen zu lenken zu suchen. Es war deshalb begreiflich, daß Poincaré, als der Senat kürzlich den Antrag auf Verfolgung der Kommunistenführer durch den Staatsgerichtshof ablehnte, weil er sich für nicht zuständig hielt, sofort mit dem stärksten Gesühls seiner politischen Gegenmittel eingriff, nämlich mit dem Rücktrittsgesuch, weil er nur dadurch die ihm allmählich unangenehm auf den Pelz rülende Opposition noch einmal kräftig abschütteln zu können glaubte. Millerand, derselbe Katastrophopolitiker wie Poincaré, hat das Gesuch nicht angenommen, und da der Untersuchungsrichter die Anklageerhebung vor dem Schwurgericht wegen Attentats gegen die äußere und innere Sicherheit des Staats ebenfalls abgelehnt hat, so will nun die Regierung durch den Staatsanwalt gegen diese Entscheidung Revision einlegen, mit welchem Erfolge, wird sich zeigen müssen. Nun ist auch in der Kammer selbst ein Angriff gegen die Politik Poincaré's erfolgt, der zeigt, daß seine Methoden immer mehr Gegnerschaft finden. Zwar ist diese Tatsache nicht so deutlich bei der Debatte in Erscheinung getreten, weil man in geschickter Weise die Auseinandersetzungen auf innerpolitisches Gebiet verlegte, um die außenpolitische Stellung der Regierung nicht zu schwächen, daß aber der Kampf der gesamten Linken gegen den sog. „nationalen Bloch“ und damit gegen Poincaré, der sich lediglich auf diesen bei seiner Außenpolitik zu stützen vermag, auf der ganzen Linie entbrannt ist und zweifellos früher oder später zur Entscheidung gebracht wird, das haben die Auseinandersetzungen zur Genüge erwiesen. Die Zusammensetzung der französischen Kammer ist noch ein Produkt der Siegesstimmung, und der nationale Bloch nützt diesen Vorteil begreiflicherweise nach allen Seiten aus, und zwar besonders in innerpolitischer Beziehung, und wenn gegen die rückständige Steuererhebung oder gegen reaktionäre Uebergriffe der Verwaltung Stimmen zur Geltung kommen, dann zieht man eben das „nationale“ Register, und die gemäßigten Linke bis zu den Sozialisten muß aus wahltaktischen Gründen gute Miene zum bösen Spiel machen. Außerdem hat die Regierung noch einen „schwarzen Mann“, der mit Sicherheit jedesmal hervorgeholt wird, wenn die Linke sich ungebüdig zeigt. Das sind die Royalisten. Will man außenpolitische Schläge führen, und ist die Linke dafür nicht zu haben, so läßt man die Royalisten einen kleinen Nummernschanz aufziehen, und die Regierung gewinnt sofort auch die Linke wieder, wenn sie nur erklärt, daß selbstverständlich an der Republik nicht gerüttelt werden dürfe. In Wirklichkeit ist aber nach menschlichem Ermessen niemals mit einem Wiederaufleben des monarchistischen Gedankens in Frankreich zu rechnen, dazu sind die Gefühls- und Intressenmomente zu stark im republikanischen System verankert. Das vorgenannte politische Rasperlescheater ist auch in den letzten Monaten mit der den Franzosen eigenen Regierkunst wieder in Szene gesetzt worden, und die Linke hat sich auch, als Poincaré mit dem Brustton der Ueberzeugung erklärte, daß er nicht nur die Absichten der Kommunisten, sondern auch die der Monarchisten bekämpfen werde, rasch zufrieden gegeben. Immerhin hat die Abstimmung, die selbstverständlich auf die Annahme einer nationalitätlich gerichteten Tagesordnung eingestellt war, gezeigt, daß sich in der Kammer eine ganz erhebliche Opposition gegen Poincaré befindet, und es ist zweifellos, daß wenn sich dieser raffinierte Taktiker nicht immer wieder auf die nationale Pose herausspielen könnte, er selbst bei der jetzigen Zusammensetzung der Kammer Mühe hätte, dauernd eine Mehrheit für seine Politik zu finden. Die Regierungserklärung wurde mit 375 gegen 200 Stimmen gebilligt, wobei auch zu beachten ist, daß sich 66 Stimmen der Abstimmung enthalten haben, die fraglos auch als Gegner Poincaré's in Betracht kommen. Daß aber die Stimmung im Lande zu einem großen Teil nicht mehr der Politik Poincaré's entspricht, das haben die letzten Nachwahlen gezeigt, bei denen der nationale Bloch zwei sonst bombensichere Bezirke verloren hat. Wenn Poincaré also auch nach außen hin gesiegt hat, so muß er sich doch mit Pyrrhus sagen: Noch ein solcher Sieg, und ich bin erledigt. Was die Linke übrigens über die Ruhrinvasion denkt, das sagte einer ihrer Gegner ganz offen mit der Bemerkung, daß wenn eine linksgerichtete Kammermehrheit bestanden hätte, Frankreich nicht ins Ruhrgebiet eingerückt wäre, und wenn morgen eine solche gebildet würde, Frankreich nicht lange dort bleiben würde.

Selbstverständlich darf die deutsche Regierung aus dieser Kammerdebatte nicht den unter Umständen für uns folgenschweren Schluß ziehen, daß sie nun die Stellung Poincaré's als erschütterter annimmt und darauf hin ihre Dispositionen trifft. So wenig wir die seit 4 Jahren scheinbar auf eine „Milderung“ der Gewalt- und Ausbeutungspolitik gegenüber Deutschland gerichtete Haltung der englischen Regierung als grundsätzliche Auffassung der englischen Staatsmänner in unsere politische Rechnung als aktiven Posten einstellen dürfen, was zu unserm Schaden anscheinend schon öfters geschehen ist, so wenig dürfen wir das gegenüber derartigen Stimmungsmomenten in Frankreich, die weniger der Absicht eines Ausgleichs, sondern in der Hauptsache der Angst vor den Folgen der Poincaré'schen Katastrophopolitik entspringen, genau so wie die englische „Verständigung“-Taktik. Und dieselbe Vorsicht ist auch bei Beurteilung des Kabinettswechsels in Belgien geboten. Fraglos ist auch dort die Stimmung gegen die Trabantenstellung Belgiens zu Frankreich im Wachen begriffen, aber auch hier hat man diese Tatsache durch innerpolitische Manöver zu verschleiern gesucht, und die Beauftragung des seitherigen Ministerpräsidenten mit der Umbildung des Kabinetts deutet darauf hin, daß man zum mindesten nach außen hin keine Zugeständnisse an die Volksstimmung zu machen gewillt ist. Die gegenwärtige englisch-französische Aussprache wird schließlich den Ausschlag für die Antwort der Alliierten auf das deutsche Angebot geben. Die Londoner Regierung soll sich angelegentlich bemühen, bezüglich der Frage der Aufgabe des deutschen Widerstands ein Kompromiß zu erzielen, das für beide Teile ohne Einbuße ihres Ansehens annehmbar wäre. Ob diese Absicht gelingt, wird man wohl in den nächsten Tagen oder Wochen sehen können, vorausgesetzt, daß nicht vorher der französische Terror „vollendete Tatsachen“ schafft, deren Auswirkungen unabsehbar sind. Die deutsche Regierung hat in ihrer Protestnote an die am Ruhrerbruch beteiligten Staaten gegen die Morbatten in Detmold auf diese Gefahr deutlich hingewiesen. Ob die englische Regierung, die sich wahrhaftig lange genug Zeit gelassen hat, eine „Verständigung“ anzubahnen, dieser Gefahr genügend Beachtung schenken will, wird aus dem Tempo zu ersehen sein, mit dem sie die Verhandlungen unter den Alliierten zu beschleunigen sich die Mühe nimmt.

Für uns aber gilt es angesichts des Entscheidungslampfes, alles zu vermeiden, was die innere Geschlossenheit gefährden könnte, wir sind in der schwächeren Position, wir müssen also seelisch die stärkere Spannkraft aufbringen. Hoffen wir, daß unser zermartertes Volk im letzten Augenblick nicht versagt. O. S.

## Die Schlüsse der französischen Regierung aus der Kammerdebatte.

Paris, 16. Juni. (Wolff.) Die Havas-Agentur urteilte in einer offenbar beeinflussten Mitteilung an die Presse noch vor Beendigung der heutigen Nachtsitzung der Kammer über den Ausgang der Debatte über die innere Politik der Regierung wie folgt: Die Klarheit der Erklärungen Poincaré's gestattet sogar, vor Beendigung der Debatte zu erklären, daß die Vertrauensstimmungsordnung mit einer beträchtlichen Mehrheit, aus der sich jedenfalls die meisten Radikalsocialisten ausschließen werden, angenommen wird, da der Ministerpräsident formell erklärte, daß seine Mehrheit weder die Sozialisten noch diejenigen, die sich bemühten, mit ihnen zu paktieren, in sich schließen könne. Die Rede Poincaré's enthalte aber auch zwei wichtige Stellen über die äußere Politik. Die erste betreffe den Entschluß des Vatikans über die Schaffung religiöser Genossenschaften gemäß dem französischen Gesetz, die zweite Stelle sei diejenige, die sich auf die Notwendigkeit beziehe, den Druck Frankreichs auf Deutschland zu verstärken.

## Französische Glossen zu der deutschen Protestnote an die „Neutralen“.

Paris, 17. Juni. Der „Temps“ bespricht die Note der deutschen Regierung an die europäischen Kabinetts mit Ausnahme der von Belgien und Frankreich und sagt, man dürfe derartige deutsche Mitteilungen nicht übersehen. Sie seien manchmal dazu da, ein Alibi zu schaffen. Glaube die deutsche Regierung, daß spontane Unruhen sich im Ruhrgebiet entwickeln könnten und wolle sie sich vorbehalten, alsdann die Verantwortung dafür den Franzosen in die Schuhe zu schieben? Das Blatt will diese Möglichkeit aussprechen, aber auch die Voraussetzung zum Ausdruck bringen, daß vielleicht die deutsche Regierung sich schmeichle, sie werde vielleicht eine englische Demarche in Paris provozieren, und einen englischen Druck auf Frankreich veranlassen. Das halbamtliche Blatt bringt diese Möglichkeit

Clara  
Tgart  
uline  
ner.  
1923.  
Suni 1923:  
ttspiele  
entus  
w I und II.  
og Windhof.  
Hof.  
ds 8 Uhr  
Lu.  
rogramm:  
Bach.  
rie  
er  
eitgemäße  
gelegenes  
bevorzugt.  
port.  
ds. Bl. abge-  
heit  
ernahme  
hen und  
shaltung  
rien  
aterial  
wendig;  
reter  
fr. 135.  
bar.  
n=  
e  
ourenzahl,  
N.:  
4 P.S.  
S.  
n:  
4 P.S.  
S.  
rke:  
bstüchtig.  
laffer und  
nenfabrik  
lw.  
ch.

mit dem gestrigen Artikel der „Sunday Times“ in Verbindung, der Deutschland bei diesem Manöver nur ermutigen könne.

### Französische Stimmen zur letzten Kammerdebatte.

Paris, 16. Juni. (Wolff.) Zur gestrigen Kammerdebatte schreibt die „Journée Industrielle“, der persönliche Erfolg Poincares werde morgen nicht mehr als die vorangegangenen Erfolge verhindern, daß die Rivalitäten die Vorurteile und der Haß im Parlament und um das Parlament herum sich weiter entwickelten. Dem Ministerium habe man einen neuen Kredit bewilligt; diesen Kredit wollen die Parteien sich gegenseitig nicht gewähren. Nichts habe sich also geändert. Die beiden Gruppen seien nur ein wenig schärfer in die Erscheinung getreten, nämlich die Gruppe, bei der der Ministerpräsident stehe, und die Gruppen, von denen sich diejenigen nicht loslösen könnten, die wiedergewählt werden wollten. Der „Eclair“ schreibt, die Mehrheit, auf die sich Poincare stützen wolle, umfasse weder einen Gegner des Regimes noch irgend ein anti-nationales und demokratisches Element. Das ist eine verringerte, aber eine solide Mehrheit, die, wie wir erwarten und wie wir hoffen, uns aus dem politischen Wirrwarr herausführen wird. Der „Figaro“ schreibt, unter den Radikalen hätten gestern viele ein unschlüssiges Gesicht gemacht, weil sie zweifelsohne paktieren wollten. Sie würden mit Blum und Cachin gehen, aber Poincare rechne mit dem Bloß derer, die sich bei militärischen Fragen nicht der Abstimmung entziehen, und die ohne Vorbehalte die Ruhrkredite bewilligten.

### Französisch-belgische Verhandlungen über die englischen Anfragen.

Paris, 16. Juni. (Wolff.) Havas berichtet aus Brüssel: Der französische Botschafter hat heute dem Ministerium für Auswärtiges den Entwurf der französischen Antwort auf den Fragebogen der britischen Regierung übermittelt.

### Der bisherige belgische Kriegsminister zur Lage.

Paris, 17. Juni. Bei einer Veranstaltung des Aero-Klubs Belgien, die gestern in Brüssel stattfand, erklärte der Kriegsminister von dem abgegangenen Ministerium Theunis, man möge die Regierung vor morgen bilden wie man wolle, die Politik der Regierung werde gebieterisch darauf gerichtet sein müssen, vollkommene Reparationen von Deutschland zu erlangen. Sie müsse sich bemühen, die Bande brüderlicher Solidarität, die Belgien und Frankreich einten, zu verstärken und mehr denn je Hand in Hand mit dem großen und großmütigen Freund zu marschieren. Die neue Regierung müsse aber auch daran arbeiten, den Bloß der Alliierten solide zu verankern, um sich gegen jede eventuelle Gefahr von Osten zu schützen.

### Eine selbstbewußte aber nichtsagende Rede Baldwins.

London, 18. Juni. Baldwin erklärte gestern in einer Rede in Oxford, die Zivilisation sehe man heute in die Brüche gehen. Die gesamte Welt erhoffe das Heil vom britischen Reich und von den Vereinigten Staaten von Amerika. Wenn die Welt wieder aufgebaut werden solle, müsse dies Großbritannien tun. Die Männer, die Hand an dieses Werk legen, so schloß Baldwin, brauchen den Mut eines Pitt und den Glauben eines Lincoln. Wir wollen hoffen, daß jeder sich zum Hauptziel setzt, an der Wollendung dieses Werkes mitzuhelfen.

### Der Führer der englischen Liberalen über das „Ergebnis“ des Ruhrsturms.

London, 18. Juni. Der Führer der Liberalen, Sir John Simon, erklärte gestern in einer Rede in Trowbridge über die französische Ruhrpolitik, es habe sich herausgestellt, daß der Einmarsch der Franzosen in das Ruhrgebiet nicht das Ergebnis gehabt habe, das die Franzosen von ihm erwartet hätten. In drei Monaten habe Frankreich an Reparationen nur soviel erhalten, wie vor dem Einmarsch in einer Woche. Die Ruhraktion der Franzosen habe sich also als ein fürchterlicher Mißerfolg erwiesen und alle Parteien in England müßten ihr Möglichstes tun, um der britischen Regierung und den französischen Freunden zu helfen, einen Ausweg aus dem Durcheinander zu finden.

### Amerika und die Schulden der Alliierten.

Washington, 17. Juni. Staatssekretär Mellon tritt am 26. Juni seine Europareise an. Er wird in Europa zahlreiche Unterredungen mit Staatsmännern und Finanzleuten haben und versuchen, eine Regelung der in Amerika konsolidiert sind. — Großbritannien leistete gestern den Vereinigten Staaten die erste Abzahlung für die Amortisation der britischen Kriegsschuld im Betrag von 69 Millionen Dollars.

### Amerika bleibt weiter „passiv“.

Paris, 16. Juni. (Wolff.) Havas berichtet aus Washington, im Weißen Hause erkläre man, daß entgegen den aus verschiedenen Quellen stammenden Nachrichten der Regierung keinerlei Verlangen unterbreitet worden sei, in der Reparationsfrage Schlichter zu spielen. Nichts deute darauf hin, daß ein derartiges Ergehen ins Auge gefaßt sei. — Der Havasberichterstatter drückt seine objektive Meinung dahin aus, daß die zurückhaltenden und diskreten Kommentare in den offiziellen Kreisen andeuten, die Vereinigten Staaten würden in der Reparationsfrage ihre passive Haltung fortsetzen.

Paris, 16. Juni. (Wolff.) Havas berichtet aus Washington, angesichts der immer größer werdenden Zahl von Fremden, die im Geheimen nach den Vereinigten Staaten abwanderten, werde Präsident Harding wahrscheinlich vom nächsten Kongress verlangen, daß er besondere Maßnahmen erlasse.

## Zur auswärtigen Lage.

### Schwedens Mißtrauen gegen den Völkerbund.

Stockholm, 16. Juni. (Wolff.) Die schwedische Regierung hat nunmehr dem Sekretär des Völkerbundes die Antwort auf die Frage nach ihrer Stellungnahme zu den bei der letzten Bundesversammlung erörterten Gegenstände, besonders dem gegenseitigen Garantiepakete übermittelt. Die Antwort wird bis zur demnächstigen Tagung des schwedischen Reichstags als nur vorläufig bezeichnet. Die Antwort führt aus, das Garantiebestreben des Völkerbundes beruhe auf der Voraussetzung, daß der Völkerbund eine von allen Nationen unbeschränkte Autorität habe. Der Völkerbund habe sich aber in internationalen Angelegenheiten nicht als stark genug erwiesen. Es sei unter Umständen gefährlich, sich die Verpflichtung zum militärischen Eingreifen aufzuerlegen. Diese Verpflichtung bedeute bei der jetzigen geographischen Lage der europäischen Staaten eine Vermehrung der Gefahren, die nicht im Verhältnis dazu ständen, was der andere Staat übernehme. Die schwedische Regierung hoffe, daß in späterer Zeit es dahin komme, daß sich sämtliche Staaten als Freunde betrachteten. Im gegenwärtigen Zustand der Welt wäre es aber unmöglich für die schwedische Regierung, dem Parlament die Uebernahme internationaler Verpflichtungen vorzuschlagen, die eventuell zum Kriege führen könnten. Sollte der Garantiepakt weitere Arten von Verpflichtungen enthalten, die über das Völkerbundsstatut hinausgingen, so würde dies neue Bestimmungen aller Art voraussetzen. Gleichzeitig mit der Reparationsfrage würde die Frage der Beschränkung der Rüstungen aufgenommen werden müssen. Die Veroppelung dieser beiden Angelegenheiten miteinander müßte die Einleitung wirksamer internationaler Maßnahmen zur Voraussetzung haben.

### Die große und kleine Entente zum Staatsstreich in Bulgarien.

Paris, 17. Juni. Die „Chicago Tribune“ berichtet aus Wien, in der Nacht vom Donnerstag zum Freitag habe die englische Regierung eingegriffen, um einen neuen Balkankrieg zu verhindern. Der englische Gesandte in Belgrad habe das Ministerium unterrichtet, daß, wenn Serbien Bulgarien das von der kleinen Entente und Griechenland ausgearbeitete Memorandum überreichen und wenn es am Freitag die Mobilisierung anordnen werde, England Italien seine vollkommene finanzielle und moralische Unterstützung gewähren werde, damit es Herr der Lage bleibe. Die diplomatischen Vertreter Englands in Prag, Bukarest und Athen hätten dort in der gleichen Weise Vorstellungen erhoben. — Also die Sache ist die, Serbien-Südslawien hätte anscheinend beabsichtigt, ein Ultimatum an Bulgarien zu senden, was aber Italien, das ein Weitergreifen des Konflikts auch auf seine Interessengebiete an der adriatischen Küste fürchtete, nicht zugegeben haben würde. Deshalb ist das edelmütige England eingeschprungen, und hat erklärt, daß es im Falle eines Krieges Italien finanziell und moralisch unterstützen werde, damit es die Balkanstaaten zur Ruhe bringe. Italien hätte natürlich nur die östliche Adriaküste besetzt. Man sieht hier wieder einmal die vielen Konfliktmomente, die nur durch die beherrschende Stellung der großen Entente zurückgedrängt werden, die morgen aber schon von neuem akut werden können.

Sofia, 17. Juni. Die bulgarische Telegraphenagentur berichtet, daß von einem namens der kleinen Entente bei der bulgarischen Regierung unternommenen Schritt der Südslawischen Regierung wegen Verletzung des Vertrages von Neuilly in Sofia nichts bekannt ist. Ein derartiger Schritt sei auch gegenstandslos, da die neue bulgarische Regierung öffentlich erklärt habe, die bestehenden Verträge achten zu wollen.

## Die französische Gewaltpolitik.

### Die Lahmlegung des Eisenbahnverkehrs im Ruhrgebiet.

Berlin, 17. Juni. Aus dem Ruhrgebiet liegen zahlreiche Meldungen über die Folgen der Lahmlegung des gesamten Eisenbahnverkehrs vor, die sich besonders auf dem Gebiete der Lebensmittelversorgung empfindlich bemerkbar machen. Aus verschiedenen Orten, wie besonders aus Bochum, Gelsenkirchen und Dortmund, werden Klagen über Mangel an Fleisch, Milch und Kartoffeln laut. Auch in Herne ist die Versorgung des Lebensmittelmarktes kritisch. Aus Herne werden außerdem Beschwerden der Landwirte darüber gemeldet, daß sie infolge der außerordentlich strengen Handhabung der Paßkontrolle ihre Feldarbeiten nicht ordnungsmäßig fortsetzen können. Der Verkehr der Straßenbahn, der jetzt den gesamten Personenverkehr zu bewältigen hat, ist ebenfalls außerordentlich erschwert durch die Paß- und Gepäckkontrolle, die jetzt nicht mehr in den Wagen vorgenommen wird. Die Verzögerung, die durch das von den Franzosen erzwungene Aussteigen der Fahrgäste entsteht, bringt es mit sich, daß man beispielsweise auf der Strecke Dortmund-Anna statt einhalb Stunden drei Stunden braucht. Angesichts der außerordentlichen Erschwerung der Lebensmittelversorgung erinnern die Blätter daran, daß die jetzt von der Besatzungsbehörde getroffenen Maßnahmen in jeder Beziehung den Zusagen und Versicherungen widersprechen, die seinerzeit General Degoutte dem Düsseldorfer Regierungspräsidenten gegeben hat, wonach an eine Unterbindung der Lebensmittelzufuhr oder gar an eine Aushungerung der Bevölkerung nicht gedacht sei. Der Sinn der jetzt gewalt-

sam vorgenommenen Verkehrseinstellung im Ruhrgebiet könne aber gar kein anderer sein, als die Bevölkerung auszuhungern und sie dadurch zur Kapitulation zu zwingen. Die Kohlen- und Koksabfuhr nach Frankreich und Belgien vor und nach dem Ruhrsturmeinbruch.

Essen, 16. Juni. Aus der amtlichen Uebersicht über die Kohlen- und Koksabfuhr aus dem Ruhrbezirk über die Brücken bei Duisburg-Hochfeld-Süd und Düsseldorf und auf dem Rhein in Richtung Frankreich und Belgien vor dem Ruhrsturmeinbruch und im Mai 1923 ergibt sich, daß diese beiden Länder monatlich auf der Eisenbahn und auf Wasserstraßen durch Deutschland an Reparationskohle- und -koks vor dem Ruhrsturmeinbruch (gerechnet in 25 Arbeitstagen) 58 750 Wagen erhalten hätten, während sie im Monat Mai auf der Eisenbahn und auf dem Rhein (Schiffs- und Wagenladungen umgerechnet) nur 20 569 Wagen nach Frankreich und Belgien abfahren konnten. Die Abfuhr von Kohlen und Koks auf der Eisenbahn an Frankreich und Belgien im Monat Mai 1923 nur 18 069 Wagen. Die deutsche Beladung eines Eisenbahnwagens ist durchschnittlich 17,8 Tonnen, während die französisch-belgische Beladung eines Wagens auf 10 bis 12 Tonnen zu schätzen ist. Wenn der Ruhrsturmeinbruch der Franzosen und Belgier nicht erfolgt wäre, wären im Monat Mai an Reparationskohlen und -koks von Deutschland nach Frankreich und Belgien aus dem Ruhrgebiet über die Brücken bei Düsseldorf und Duisburg 1850 Wagen arbeitsfähig abgefahren worden, während nach dem Ruhrsturmeinbruch durch die Besetzung über die beiden Brücken nur täglich durchschnittlich 582 Wagen abgefahren wurden.

### Verhaftung von Sabotageverdächtigen durch die Franzosen.

Paris, 16. Juni. (Wolff.) Havas berichtet aus Aachen, in der Nacht zum 15. Juni habe bei Neuf ein Unteroffizier vier Personen, die Revolver trugen und fünf Kilogramm Sprengstoff mit sich führten, um Eisenbahnen zu sabotieren verhaftet.

## Deutschland.

### Reichstag.

Berlin, 15. Juni. Auf der Tagesordnung der heutigen Sitzung des Reichstags steht die zweite Beratung der Novellen zum Reichsverfassungsgesetz, dem Altrentner-, Personenschäden- und Offizierspensionsgesetz. Die Kommission hat über die Regierungsvorlage hinaus die Bezüge der Versorgungsberechtigten wesentlich erhöht, die Kommunisten beantragen, daß die Gebührensätze der Kriegsoffiziere sofort um das Nebenfache der Märzgebühren erhöht werden sollen. Reichsarbeitsminister Dr. Brauns erklärt sich mit den Kommissionsbeschlüssen einverstanden. Die wesentlichste Neuerung der Vorlagen bestehe in der Anpassung der Teuerungszulagen an die Teuerungszulagen der noch im Dienst befindlichen Beamten. Das Privateinkommen solle künftig nicht mehr zu Rentenzulagen führen. Diese könnten nur eintreten, wenn das Einkommen des Sozialrentners aus öffentlichen Mitteln eine bestimmte Grenze überschreite. Abg. Karsten (Soz.) befürwortet einige Änderungen der Ausschussvorlage zugunsten der Kriegsbeschädigten und erklärt die Bestimmung der zwangsweisen Abfindung der Kriegsbeschädigten für unannehmbar. Abgeordneter Hofmann-Ludwigshafen (Zen.) stimmt der Abfindung in allen den Fällen zu, wo die Rente so gering ist, daß die Verwaltungskosten in keinem Verhältnis zu ihr stehen. Die folgenden Redner, Abg. Budjahn (Dn.), Streiter (D. Vp.), Stiegeler (Dem.) und Weizler (Bayr. Vp.), stimmten den Ausschussvorlägen zu und bedauern nur, daß die finanzielle Notlage des Reiches größere Aufbesserungen nicht zulasse. Nach Begründung verschiedener kommunistischer Änderungsanträge durch den Abg. Berthelc erklärt Abg. Henning (Deutschvölk.), daß man die Renten auf die Goldmarkbasis stellen müsse, um sie werbeständig zu machen. Schließlich werden die Vorlagen unter Ablehnung aller kommunistischen Änderungsanträge in der Ausschussfassung angenommen und die Abfindungssumme durch Annahme eines Antrages der bürgerlichen Parteien von 180 000 auf 420 000 Mark erhöht. In der sofort vorgenommenen dritten Beratung werden die Beschlüsse der zweiten Lesung bestätigt und die Vorlagen damit endgültig verabschiedet. Alsdann wird der Entwurf zur Änderung des Wehrmachtversorgungsgesetzes in zweiter und sofort auch in dritter Beratung angenommen, der bestimmt, daß als Zulagen zu den Uebergangsbühnen der doppelte Monatsbetrag des zuletzt zuständigen Ruhegehaltsfähigen Einkommens gewährt wird. In der gleichen Weise wird die einmalige Uebergangsbühne geregelt. — Die nächste Sitzung findet Samstag nachm. 1 Uhr statt.

### Die bayerische Volkspartei gegen die Garantie der Eisenbahnen.

Berlin, 17. Juni. Die Blätter melden aus München: Der Wirtschaftsbeirat der Bayerischen Volkspartei gab eine Denkschrift heraus, welche die selbständige Verwaltung des bayerischen Eisenbahnnetzes fordert, da die in dem deutschen Garantieangebot enthaltene Bürgschaft der deutschen Reichseisenbahn schwere Gefahren für die Eigenart und Staatlichkeit in sich birgt.

### Zum Streik in Oberschlesien.

Berlin, 15. Juni. Den Blättern zufolge hat der schlesische Betriebsrätekongress sich gestern grundsätzlich für eine Wiederaufnahme der Arbeit ausgesprochen. Er hat allerdings die Aufnahme der Arbeit an die Bedingung geknüpft, daß eine einmalige Wirtschaftsbeihilfe von 300–500 000 Mark in Form einer Vorschußzahlung gegen 10maligen Ratenabzug zur Auszahlung gelangt, sämtliche Arbeiter wieder eingestellt werden und keine Maßnahmen erfolgen. Die von den Gewerkschaften bereits

Luhrgeliet  
ung aus-  
zwingen.

### Einbruch.

über die  
über die  
dorf und  
lgien vor  
daß diese  
auf Was-  
hle- und  
Arbeits-  
sie im  
Rhein  
gerechnet)  
abfahren  
auf der  
nat Mat  
ng eines  
während  
auf 10 bis  
bruch der  
im Mo-  
Deutsch-  
Luhrgeliet  
50 Wagen  
nach dem  
Brücken  
wurden.

as Nachen,  
Unteroffi-  
auf Ril-  
bahnen zu

### Gesetz.

en Sitzung  
wessen zum  
äden- und  
Regierungs-  
wesen wesen-  
behörden  
erläßt  
die wesent-  
aufhebung.  
der  
im Dienst  
nichtig nicht  
eintreten,  
sich Mit-  
sten (Soz.)  
e zugunsten  
er zwangs-  
bar. Ab-  
Abfindung  
sich die Ver-  
Die folgen-  
Stiegeler  
auschufvor-  
loftage des  
Begründung  
durch den  
daß man die  
ertbeständig  
Ablehnung  
Auschufsaß-  
Annahme  
auf 420 000  
Beratung  
id die Wor-  
er Entwurf  
rgungs-  
ntung ange-  
bergangsges-  
zuständigen  
der gleichen  
elt. — Die

### Garantie

inchen: Der  
Deutschschiff  
schen Eisen-  
antieangebot  
schwere Ge-  
e.

t der schle-  
ich für eine  
hat aller-  
ingung ge-  
sichse von  
lung gegen  
ngt, fämt-  
keine Maß-  
sten bereit

durchgeführten Lohnerhöhungen haben die Betriebsräte nunmehr entgegen ihren früheren weitergehenden Forderungen anerkannt.

Berlin, 16. Juni. Nach einer Meldung des „Vorwärts“ aus Breslau dauert der Landarbeiterstreik in Schlesien unvermindert an. Es befinden sich rund 90 000 Arbeiter im Ausstand. Die Fütterung und die Pflege des Viehs und das Melken wird von den Streikenden besorgt. Das Verlangen nach einer Verschärfung des Streiks durch Einstellung der Notstandsarbeiten findet jedoch in den Reihen der Streikenden immer mehr Anklang. Die Kommunisten versuchen, bisher allerdings ohne Erfolg, die rein wirtschaftliche Bewegung zu politischen Zwecken auszunützen. Die Gewerkschaften werden in diesen Tagen bei den Behörden vorstellig werden und sie auf den Ernst der Lage hinzuweisen.

## Vermischtes.

### Artistenstreik.

Berlin, 18. Juni. Außer in Berlin und in Hamburg befinden sich seit Sonnabend im ganzen Reich die Artisten im Ausstand, der zur Stilllegung der Theater, Kabarettis und anderer Vergnügungstätten geführt hat. In Berlin und Hamburg ist den Artisten die von ihnen geforderte 50-prozentige Erhöhung der Gagen bewilligt worden.

### Ein geistzerstörendes Gesetz.

Berlin, 18. Juni. Nach einer Blättermeldung aus New York war der amerikanische Dampfer „George Washington“ auf der Rückreise von Europa an der amerikanischen Küste auf Grund der Vorschriften des Alkoholgesezes gezwungen, 89 Kisten mit Wilden und feinen Weinen, welche die Fahrgäste während der Ueberfahrt nicht aufgebraucht hatten, ins Meer zu werfen.

### Vom deutschen Tabakbau.

In den Jahren 1871—79 wurden in Deutschland ausschließlich Eschscholzen jährlich durchschnittlich 19 177 Hektar mit Tabak bebaut. Infolge der Bevorzugung ausländischen Tabaks betrug die Anbaufläche 1913 nur noch 12 670 Hektar. Diese rückläufige Bewegung wurde durch die Kriegszeit unterbrochen, wo wieder mehr Tabak bebaut wurde, aber trotzdem wirkte die Gesetzgebung über die Tabaksteuern usw. weiterhin ungünstig ein. Im Jahre 1922 war die Anbaufläche für Tabak auf 11 489 Hektar zurückgegangen. Besonders die Zahl der Kleinpflanzer hat erheblich abgenommen. Im ganzen ging die Zahl der Tabakpflanzler, bei der die Kleinpflanzer zum weitaus größten Teile beteiligt sind, von 815 700 im Jahre 1920 auf 293 784 oder rund 71 Prozent im Jahre 1922 zurück. Seine hauptsächlichste Verbreitung hat der deutsche Tabakbau in Baden, wo der Landesfinanzamtsbezirk Karlsruhe allein 1922 eine Anbaufläche von mehr als 5000 Hektar aufwies. In verhältnismäßig großem Umfange wird der Tabak vor allem auch in Bayern angebaut, wo 1922 allein im Bezirk des Landesfinanzamts Würzburg 2900 Hektar mit Tabak angebaut waren. Es folgen dann die Landesfinanzamtsbezirke Brandenburg mit 1400 Hektar, Stettin mit 637 Hektar, Königsberg mit 440, Darmstadt mit 435, Nürnberg mit 431 und Hannover mit 220 Hektar Anbaufläche. In den rheinischen Landesfinanzamtsbezirken Köln, Düsseldorf (Kreis Cleve) spielt der Tabakbau mit 64 bezw. 37 Hektar Anbaufläche keine nennenswerte Rolle.

### Frankreich erklart im Wein.

Das „Journal de Commerce“ teilt in einem Notschrei aus dem südfrensischen Weinbaugeliet u. a. mit, daß die französischen Weinbau-Gegenden an Wein erstickten. Die Erzeugung übersteige um das Vielfache die Verbrauchsmöglichkeit trotz der außerordent-

## Ämtliche Bekanntmachungen.

### Bekanntmachung

betr. Erhöhung der Höchsthöhe der Erwerbslosenfürsorge.

Mit Wirkung vom 4. Juni 1923 ab sind vom Reichsarbeitsministerium gemäß § 9 Abs. 4 der Reichsverordnung über Erwerbslosenfürsorge in der Fassung der Verordnung vom 21. März 1922 (Reichs-Gesetzbl. S. 280) die Höchsthöhe der Erwerbslosenunterstützung erhöht worden. Hiernach treten an die Stelle der in Abschnitt I der Verfügung des Arbeitsministeriums vom 19. Mai 1923, betr. Erwerbslosenfürsorge (Staatsanz. Nr. 116), veröffentlichten Höchsthöhe von dem genannten Zeitpunkt ab die folgenden:

	in den Orten der Ortsklasse	
	C	D u. E
1. für männliche Personen		
a) über 21 Jahre, sofern sie nicht im Haushalt eines anderen leben	4300	3950
b) über 21 Jahre, sofern sie im Haushalt eines anderen leben	3800	3500
c) unter 21 Jahren	2650	2450
2. für weibliche Personen		
a) über 21 Jahre, sofern sie nicht im Haushalt eines anderen leben	3800	3500
b) über 21 Jahre, sofern sie im Haushalt eines anderen leben	3150	2900
c) unter 21 Jahren	2350	2150
3. als Familienzuschläge für		
a) den Ehegatten	1650	1550
b) die Kinder u. sonstige unterstützungs-berechtigte Angehörige	1250	1150

Calw, den 13. Juni 1923. Oberamt: G. ö. s.

lichen Preisopfer, die die Weinbauer auf sich genommen hätten. Man erhalte gegenwärtig Wein für 38 Frs. das Hektoliter angeboten, aber trotzdem herrsche Ueberfülle am inneren Markt und bestehe die Unmöglichkeit des Exportes. Die Handelsverträge mit Spanien, Italien und Griechenland seien hauptsächlich schuld an diesen Zuständen. Frankreich werde mit spanischem Wein überschwemmt, sodaß z. B. die französischen Truppen an der Ruhr keine französischen, sondern spanische Weine trinken. Von der Ernte von 1921 an französischem Wein sei ein Teil noch unverkauft und viel größere Mengen seien von 1922 bei den Weinbauern unverkauft, obwohl das Bierjahr der neuen Ernte Juli bis September herannahen. Der neue Wein werde aufgestapelt werden müssen, aber die Fässer seien noch gefüllt von unverkauften und unverkäuflichem Wein aus den beiden letzten Ernten. Die Preise für Holz und für Fässer seien ungeheuer hoch und um die neue Ernte einlagern zu können, bliebe nichts übrig, als die Ueberfülle an Weinreserven auszulagern zu lassen oder zu verbrennen.

### Heusreckenplage in Ungarn.

Berlin, 17. Juni. Seit einiger Zeit tritt in verschiedenen Gegenden die marokkanische Heuschrecke auf. Eine Reihe von Ortschaften an der Theiß sollen von den Heuschrecken überflutet sein.

## Aus Stadt und Land.

Calw, den 18. Juni 1923.

### Vom Calwer Schlachthaus.

In der Zeit vom 1. bis 16. Juni 1923 wurden im hiesigen Schlachthaus geschlachtet: 2 Ochsen, 3 Rinder, 2 Faren, 6 Kühe, 42 Kälber, 22 Schweine, 12 Schafe und 1 Ziege.

83)

## Das Eulenhäus.

Roman von E. Marlitt.

24.

Die Herzogin schlief; im ganzen großen Gebäude herrschte eine Todesstille.

In dem Zimmer des Rittmeisters von Kinkleben saß Baron Gerold; er hatte den lebenswürdigen Offizier gebeten, sich hier aufhalten zu dürfen, er wolle die nächste Nachricht von dem Befinden Ihrer Hoheit abwarten. Er hatte auch die dargebotene Zigarette angezündet, aber er rauchte meistens kalt; er hatte ein Buch genommen, aber ihm fehlte die Ruhe zum Lesen. Eine finstere Sorge lag über seinem Gesichte und eine qualvolle Unruhe ließ ihn unaufhörlich hin und her wandern.

Herr von Palmer hatte seine Stube verriegelt, er befand sich in der denkbar schlechtesten Laune. Ein netter Tag, der heutige, wahrhaftig! — Als er diesen Morgen zum Vortrag über eine unumgänglich notwendige bauliche Veränderung des Residenzschlosses in das Arbeitszimmer Seiner Hoheit trat, war ihm der Herzog mit einer ziemlich verwunderten Miene und einem offenen Briefe entgegengekommen. Es war ein vertrauliches Schreiben des Prinzen Leopold, seines Veters, und enthielt die Frage, wie es zugehe, daß das Hofmarschallamt seit nahezu drei Jahren der Firma C. Schmidt in R. am Rhein keinerlei Zahlung mehr geleistet habe. Der Chef der Firma habe nun des Prinzen Vermittlung erbeten, da auf direkte Anfragen zwar stets neue Bestellungen, aber immer nur ausweichende Antworten betreffs der Rückstände eingetroffen seien. Ja, in dem letzten Schreiben sei mitgeteilt, daß bei ferneren Drängen die Lieferungen dem Hause entzogen werden würden. — Herr von Palmer hatte geschäftlich und gesagt, es liege ein grobes Mißverständnis vor, Seine Hoheit aber hatte sehr energisch den Wunsch ausgesprochen, diese Angelegenheit so bald als möglich geordnet zu sehen.

Es war sehr unangenehm, sehr! Als ob solch Krämperpad nicht borgen müßte bis in alle Ewigkeit, wenigstens so lange — bis Herr von Palmer nach einigen Jahren in der Lage sein würde, mit aller Ruhe irgendwohin abzureisen! Es war doch ein trost, diese Berg zur Seite zu haben; wie glänzend hatte sie diese „Unmöglichkeit“ in Szene gesetzt am Geburtstage des

Prinzen! Die alte Herzogin hatte Klaudine fallen lassen, das war ja unbezahlbar! Der Mutter gegenüber würde selbst Seine Hoheit nicht den Mut finden, dieses Schäferspiel weiter zu treiben. Wundervoll! Ganz wunderbar! —

Durch das hohe, breite Fenster im Schlafzimmer der Herzogin fielen die letzten Strahlen der scheidenden Sonne.

„Klaudine!“ flüsterte eine matte Stimme.

Das Mädchen, das in tiefen, schweren Gedanken gefassen, erhob sich und kniete neben dem Bette der Kranken. „Wie geht es dir, Elisabeth?“ fragte sie.

„Oh es geht — es geht besser; ich fühle, daß das Ende kommt.“

„Elisabeth, sprich nicht so!“

„Ist jemand hier, der uns hören könnte?“ fragte die Herzogin.

„Nein, Elisabeth, Seine Hoheit ist hinuntergegangen zu den kleinen Prinzen, die Kammerfrau ist mit der Krankenschwester im Nebenzimmer und die Frau von Rahenstein bei der Herzoginmutter.“

Die Kranke lag ganz still und folgte mit den Augen dem glühend roten Sonnenfleck auf dem Bilde an der Wand, der unmerklich höher und höher glitt, zuletzt noch auf dem Blattwerk des Goldrahmens funkelte und dann erlosch.

„Warum hastest du kein Vertrauen zu mir?“ fragte sie plötzlich mit trauriger Stimme, „warum sagst du mir nicht offen alles, alles?“

„Elisabeth — ich hatte dir nichts zu verbergen.“

„Lüge nicht, Klaudine!“ rief die Herzogin feierlich, „einer Sterbenden soll man nicht lügen!“

Klaudine hob stolz den Kopf. „Ich habe dich nie belogen.“ Ein bitteres Lächeln flog über das bleiche, abgezehnte Gesicht der Kranken.

„Du hast mich belogen mit jedem Blick!“ sagte sie entschuldigend klar und kalt, „denn du liebst meinen Gatten.“

Ein wahrer Ausschrei unterdrückte sie, und schwer lag Klaudines Kopf auf der roten Seidendecke des Krankenbettes. Was sie gefürchtet, was sie bis zur Gewißheit gefühlt — das sagte ihr jetzt der Mund der Frau, die sie so treu, so innig liebte.

„Ich mache dir ja keinen Vorwurf, Klaudine — ich will nur, daß du mir versprichst, nach meinem Tode —“

## Milchpreis und Futtermittel.

Die Landwirtschaftliche Korrespondenz schreibt: Die landwirtschaftlichen Organisationen haben ihre milchzeugenden Mitglieder durch Veröffentlichung in den Fachzeitschriften und durch andere geeignete Benachrichtigungsmöglichkeiten davon in Kenntnis gesetzt, daß ab 15. Juni für Milch ein Stallpreis von 900 M angemessen erscheine. Die letzten Milchpreisverhandlungen haben zu keiner Einigung zwischen Erzeugern und Verbrauchern geführt. Infolgedessen muß es den einzelnen Milchzeugern überlassen bleiben, mit ihren Abnehmern am 15. Juni ein neues Uebereinkommen zu treffen. Die Basis ist durch den oben als angemessen bezeichneten Erzeugerpreis von 900 M gegeben. Es ist falsch, wenn die Stuttgarter Presse ihre Leser dahin unterrichtet, daß eine Milchpreiserhöhung ab 15. Juni nicht zu erwarten sei. Nicht die Vertreter der Verbraucherschaft bestimmen den Zeitpunkt der Preiserhöhung, sondern die durch die steigende Gelbentwertung gestalteten Verhältnisse. Im übrigen ist das Hauptargument, das die Verbrauchervertreter gegen eine Milchpreiserhöhung vorbrachten, nämlich die Stabilität der Löhne und Gehälter, durch eingetretene Steigerung längst widerlegt. Auch die preisbrückende Wirkung einer als gut zu bezeichnenden Futtermittel, die übrigens erst noch eingebracht werden muß, ist seitens der Erzeuger berücksichtigt, denn die wirtschaftlich notwendige Preisforderung war 1050 M, auf die man 150 M aus sozialen Gründen nachließ.

### Verbrecherjagd.

(Schw.) Saulgau, 14. Juni. Seit April ds. Js. befindet sich im Amtsgerichtsgefängnis der wegen mehrfacher Einbruchs- und Fahrraddiebstähle verhaftete ledige Schreiner Otto Schäuffele. Er hat wiederholt Ausbruchversuche unternommen und mußte in seiner Zelle angefaßt werden. Als Schäuffele am Dienstag nachmittag 3 1/2 Uhr vom Gefängnis nach in seine Zelle verbracht wurde, überfiel er, U. „Oberländer“, plötzlich den Justizwachtmeister Munderich und schlug ihn mit den eisernen Handgelenken nieder. Munderich, der aus mehreren Kopfwunden blutete, verlor das Bewußtsein. Schäuffele nahm dann dem am Boden Liegenden die scharf geladene Pistole und die Schlüssel ab, öffnete die vom Gefängnis in die Wohnung führende Türe, schloß diese von innen wieder ab und ging schlüchtig. Bei der durch die Landjäger und Polizeibeamten sofort ausgenommenen Verfolgung wurde festgestellt, daß sich der Ausreißer in den zwischen Bernhausen und Engenweiler liegenden Wald geflüchtet hatte. Es wurde deshalb die Wackerlinie alarmiert und sodann mit ihr und einigen weiteren mutigen und unerfahrenen Männern der Wald abgestreift. Der Verbrecher wurde in einer Tannentastur aufgespürt. Er stellte sich zuerst mit der entwendeten, scharf geladenen Pistole gegen seine Verfolger, flüchtete aber dann und verlor sich in eine Höhle. Als diese umstellt war und er der wiederholten Aufforderung, herauszukommen, nicht Folge leistete, sondern Miene machte, seine Waffe gegen seine Verfolger zu gebrauchen, wurden in der Notwehr einige Schüsse aus einer Pistole auf ihn abgefeuert, wobei er am linken Oberarm und an der rechten Hand verletzt und kampfunfähig gemacht wurde. Er kam aber dennoch nicht heraus, sondern mußte mit einem Seil aus der Höhle gewaltsam herausgezogen werden, worauf er wieder in das Amtsgerichtsgefängnis zurücktransportiert wurde.

(Schw.) Stuttgart, 16. Juni. Am Samstag wurden erstmals Erdbeeren in größerer Menge dem Wochenmarkt zugeführt. Sie wurden im Kleinhandel zu 7000 M das Pfund abgefeht.

„Barmherziger Gott!“ stöhnte das Mädchen und richtete sich wild empor. „Wer hat dieses entsetzliche Mißtrauen in dir geweckt?“

„Mißtrauen? Wenn du noch fragtest: wer öffnete dir die Augen, um die entsetzliche Wahrheit zu erkennen? Und er — liebt dich — er liebt dich!“ flüsterte die Herzogin weiter. „Ach Gott, es ist ja so natürlich!“

„Nein! Nein!“ rief Klaudine außer sich und rang die Hände. „Ach — schweige doch,“ bat die Kranke müde; „oder laß uns ruhig sprechen; ich habe noch so viel zu sagen.“

Klaudine war aufgestanden, ihr schwindelte. Was sollte sie tun, um zu beweisen, daß sie unschuldig sei?

Auf den Wangen der Kranken schimmerte es wieder so rot, sie atmete so schwer.

„Elisabeth, nur dieses eine Mal noch glaube mir, vertraue mir,“ flehte das Mädchen.

Die Kranke richtete sich plötzlich auf.

„Kannst du schwören,“ fragte sie ruhig, „kannst du schwören, daß nie zwischen dir und dem Herzog von Liebe die Rede war? — Schwöre es, schwöre es bei dem Andenken an deine Mutter, und wenn du das kannst im Angesicht meines letzten Lagers — so will ich dir glauben, daß meine eigenen Augen falsch gesehen haben!“

Klaudine stand wie leblos. Ihre Lippen bewegten sich zum Sprechen, aber es kam kein Ton heraus, und plötzlich neigte sie den Kopf wie vernichtet.

Die Herzogin sank in die Kissen zurück. „Den Mut hast du doch nicht!“ murmelte sie.

„Elisabeth,“ rief Klaudine jetzt, „glaube mir! Glaube mir! Mein Gott, was soll ich nur tun, daß du mir noch einmal glaubst! Ich wiederhole es dir, du bist im Irrtum.“

„Sei still,“ sagte die Herzogin mit verächtlichem Lächeln.

Seine Hoheit war eingetreten. „Wie geht es dir, Liesel?“ fragte er herzlich und beugte sich über sie, indem er ihr das feuchte Haar aus der Stirn zu streichen versuchte.

„Fasse mich nicht an!“ stieß sie hervor, und ihre Augen wurden angstvoll groß. „Es ist ja bald vorbei,“ flüsterte sie dann.

(Fortsetzung folgt.)

(StB) Stuttgart, 16. Juni. Der Gemeinderat hat die Hundabgabe auf 50—100 000 M derart erhöht, daß der erste Hund 50 000, ein zweiter 75 000, ein dritter und jeder weitere 100 000 M Steuer kostet. Der städt. Haushaltplan für 1922 konnte trotz einjähriger Verspätung nicht zu Ende beraten werden. Er forderte eine Umlage von 325 Prozent, die stark beanstandet wurde. Der Oberbürgermeister machte zu spät den Kompromißvorschlag, die Umlage auf 300 Prozent zu ermäßigen. Auf Antrag der Demokraten wurde eine zweite Lesung beschlossen.

(StB.) Bartenstein, 13. Juni. Eine lustige Geisbockgeschichte. Ein biederer Handwerker in einem benachbarten Ort hatte sich in Tuttlingen einen Geisbock gekauft. Da das schon beträchtlich gewachsene Böcklein keine großen Rechte im Personenwagen gehabt hätte, packte es der Meister kurzerhand in seinen großen Kutschwagen und dampfte ab. Die Sache tat gut bis Wailhausen. Da kam zwischen Crailsheim und Kälberbach der Kontrolleur und als er in die Nähe des Kutschwagens kam, merkte der Bock ungeduldig. Die amtliche Miene des Kontrolleurs verwandelte sich in eine sehr drohende. „Wer hat da eine Geis im Wagen?“ Alles still, bis ein Passagier ironisch grinsend ruft: „Dort haßt a Schneider!“ Die Miene des Beamten wurde noch drohender und als er umher guckt, da grinst auch er, aber triumphierend, denn aus dem Kutschwagen des Meisters kommt es: „Meck, meck—ed!“ „Was hent Sie in Ihrem Kutschwagen?“ Raus mit!“ Der Bock hopft raus und kommt in den — Viehwagen und der Meister berappt.

## Geld-, Volks- und Landwirtschaft.

### Der Wert der Gold- und Silbermünzen.

Berlin, 15. Juni. Der Ankauf von Gold für das Reich durch die Reichsbank und Post erfolgt vom 18. Juni ab bis auf weiteres zum Preise von M 350 000 für ein Zwanzigmarkstück, M 175 000 für ein Zehnmarkstück. Für ausländische Goldmünzen werden entsprechende Preise gezahlt. Der Ankauf von Reichsilbermünzen durch die Reichsbank und Post erfolgt bis auf weiteres zum 700fachen Betrage des Nennwertes.

### Märkte.

(StB) Marbach, 16. Juni. Dem Juni Markt waren 3 Farren, 9 Ochsen, 17 Kühe, 16 Kalbinnen und 33 Kinder zugeführt. Der Handel war langsam bei steigenden Preisen. Für Farren wurden bezahlt 3—5 Mill., Ochsen 4—8 Mill., Kühe 3—7 Mill., Kalben 5—7 und Kinder 1,5 bis 4 Millionen Mark.

Die heutigen Kleinhandelspreise dürfen selbstverständlich nicht an den Börsen- und Großhandelspreisen gemessen werden, da für jene noch die sog. wirtschaftlichen Verhältnisse in Betracht kommen. D. Schriftl.

## Sprechsaal.

Für die unter dieser Rubrik gedruckten Berichtigungen übernimmt die Schriftleitung nur die redaktionelle Verantwortung.

### An die Calwer Jugend!

An Eure Eltern hat sich in der Zeitung vom 11. Juni das Stadtschultheißenamt gewendet; viele von Euch werden's gelesen haben. Die Mahnung, für anständiges Benehmen der Kinder, wobei auch der Aelteren gedacht ist, zu sorgen, ist sicher kein Ehrenmal für die Jugend Calws. Es hilft denen, die sich nicht für betroffen zu halten glauben, nichts, sie dürfen's und müssen's hören: Bei Euch Jungen in Calw fehlt's stark. Vielleicht fühlten sich aber auch viele, die in der Tat fern von dem zum Teil recht schamlosen Gebahren eines Teiles der Calwer Jugendlichen stehen, irgendwie mitverantwortlich, sie leiden vielleicht selbst stark darunter, daß sie so viel Abstoßendes, Unreines und Unsaubereres unter ihrer Mitjugend sehen.

Es ist aber auch erschreckend, wenn man einmal mit offenen Augen hineinsieht in die innere und äußere Verfassung besonders der schulentlassenen Jugend. Sind das wirklich noch „junge Menschen“, die vielen Geden mit Modenrock, mit Seidenstrümpfen und Phantasielackstiefeln, einen Giftraufstengel nach dem andern ins Gesicht steckend? Und seht Euch einmal das Gesicht dieser 17jährigen Greise an, trübe, umschleierte Augen als Seelenpiegel, blaßerte, geistlose, stumpfe Gesichtszüge. Und wie viele junge Mädchen zieren die Straßen, geschmacklos bis schamlos in der Kleidung, Wachsputtenköpfe mit Frisuraufbau? Nicht das schönste seidene Fächchen, auch nicht das gefünfelte Kästchen im Gesicht, vermag die innere Dede und Stumpfheit zu verbergen, die aus Augen und Gesichtszügen zu lesen ist.

Es ist furchtbar, was wir hier sehen: Menschen, welche jung und stark und froh emporklimmen sollten, sind mit ihren 15 bis 17 Jahren bereits wissend, altbacken — ja meist schon tief hinein verdorben. Wir sehen junge Menschen, die noch nie erleben durften, welche Fülle von Freude, Schönheit und Freiheit echtes Jungsein schenkt. Kamplos haben sie sich dunklen Mächten übergeben, keine Kämpfer- und Siegerfreude leuchtet ihnen aus den Augen. Und das ist die Not dieser Mitjugend, die trotz allem vielleicht die Wahrheit der Worte Conrad Ferd. Meyers empfindet:

„Verscherzte Jugend ist ein Schmerz  
und einer ewigen Sehnsucht Hort;  
nach seinem Lenz sucht das Herz  
in einem fort — in einem fort!“

Nun wäre nichts pharisaischer, als wenn die bewährte und behütete Jugend kalt rücheln wollte. Gerade hier muß sich die gewakte, strebend bemühte und glücklichere Schar junger Menschen bewähren, daß sie der Not ihrer Brüder und Schwestern statt Gleichgültigkeit oder Hochmut — liebendes Verstehen und eine

helfende Hand entgegenbringt. Für sie wirft sich die Frage auf: Haben wir nichts versäumt denen gegenüber, die einen schönen Weg durchs Jugendland nicht finden? Wenn wir uns hier ehrlich prüfen, werden wir unendlich viele Versäumnisse finden, die zum großen Teil auf Klassen- und Bildungsunterschiede beruhen. Wir Jungen dürfen aber auch fragen: Haben nicht auch unsre elterlichen Gewalthaber, Elternhaus, Schule, Anstalt und Lehrherren manches versäumt, haben sie nicht wenigstens den Versuch gemacht, dem Jnnenleben der Pflegebefohlenen höhere Werte zu geben, also mehr als Berufswissen und Gesellschaftsschliff?

Persönliche oder amtliche Ermahnungen sind als Züchtigungen negativ und lösen die brennende Jugendfrage nicht. An der Jugend liegt's natürlich selbst, sich das Leben so zu gestalten, daß sie nicht nur dem Gemeindeleben kein übles Gepräge gibt, sondern daß sie selbst bewußte Trägerin froher, reiner und befriedigender Lebenswerte ist. Dazu gehören Ziele. Da muß sich eben so mancher junge Mann oder Mädchen einmal die Mühe machen und sich herausreißen aus dem Dahinvegetieren oder Geschobenwerden. Da muß man sich eben einmal über wichtigere Fragen auseinandersetzen, da muß man seiner Gedankenwelt auch wertvollere Lektüre geben und statt gedankenlosem Geklapper in raucherfüllten Kaffeeküchen tieferen Gedankenaustausch mit wahren, echten Freunden suchen. Wie wertvoll können für uns alle, ob Fabrikarbeiter oder Hausvater, Abende werden, wenn wir zusammen über wirkliche Jugendfragen: Vaterland, Krieg, Beruf, Religion, Gott und andere uns klar zu werden suchen. Im gemeinsamen ernstlichen Suchen, aber auch im fröhlichen Tanz und Sang, wie auch im erfrischenden Wandern werden wir neu und groß erfahren, was Jungsein heißt.

Und wenn Euch die bestehenden Turn-, Jünglings- oder Jungfrauenvereine, Bibelkreise oder Arbeiterjugendvereine nicht genügen, so schließt Euch eben zu neuen Bänden zusammen, aber immer mit dem Wahlspruch: Gemeinsam vorwärts! Reicht die Bedächtigen, Unentschlossenen und Schwachen mit. Laßt sie spüren, daß Euch frische Jugendkraft und heilige Jugendsehnsucht treibt, laßt jugendfrohe Lieder erklingen, daß auch die, abseits vom Wege, zu Euch kommen.

Wer von der Calwer Jugend möchte hoffnungsfroh mitziehen, heraus aus Zeitnot und Jugendleid, hinein in sonniges, leuchtendes Jugendland?

„Wenn wir schreiten Seit' an Seit'  
und die alten Lieder singen,  
daß die Wälder wiederklängen,  
füßten wir, es muß gelingen,  
mit uns zieht die neue Zeit!“

Für die Schriftleitung verantwortlich: Otto Sellmann, Calw.  
Druck und Verlag der U. Döschner'schen Buchdruckerei, Calw.

## Das städt. Fuhrwesen

ist für die Zeit vom 1. VII. 23 bis 31. III. 1924 im Akkord zu vergeben.

Die schriftlichen Gebote sind auf der Grundlage eines Haberpreises von 50 000 M f. d. Str. abzufassen und bis 21. Juni 1923 mittags 12 Uhr hierher einzureichen.

Die Bedingungen liegen zur Einsicht auf.

Den 16. Juni 1923.

Stadtpflege Calw.

**Würzbach Oberamt Calw.**  
**Nadelstammholz-Verkauf.**



Aus dem Gemeindevwald kommen im schriftlichen Aufstreich zum Verkauf:

### Los 1 Langholz:

9,51 Fm II., 34,75 Fm III., 18,66 Fm IV., 6,49 Fm V., 0,91 Fm VI. Kl.

### Sägholz:

1,32 Fm I., 1,33 Fm II. Kl. Zuf. 72,97 Fm.

### Los 2 Langholz:

34,54 Fm I., 34,33 Fm II., 29,65 Fm III., 12,83 Fm IV., 8,36 Fm V., 3,79 Fm VI. Kl.

### Sägholz:

5,23 Fm I., 5,23 Fm II., 1,47 Fm III. Kl.  
Zusammen 186,07 Fm.

Die unterschriebenen Angebote, in ganzen Prozenten der Landesgrundpreise vom 1. November 1922 ausgedrückt, sollen verschlossen mit der Aufschrift „Angebot auf Stammholz“ bis Donnerstag, den 21. Juni 1923 nachm. 3 Uhr beim Schultheißenamt eingereicht werden, wo auch die Bedingungen aufliegen.

Ueber Zuschlag wird sofort Bescheid erteilt.

Losverzeichnisse durch Waldmeister Fenschel.

Gemeinderat.

## Motorrad

neu oder wenig gebraucht nur erstes Fabrikat mit mindest. 3 PS. oder ein 2—4 stiges

## Kleinauto

bekannteste Marke, neueres Modell, aus Privathand zu kaufen gesucht.

Phantasiereise zwecklos. Ausführliche Angebote an Louis Schleh, Freudenstadt, Fernspr. 27.

Calw, den 18. Juni 1923.  
Statt jeder besonderen Anzeige!



Teilnehmenden Freunden und Bekannten gebe ich die schmerzliche Nachricht, daß meine liebe Mutter und Großmutter

**Frau Maria Klein Wtw.**  
nach langer schwerer Krankheit sanft in dem Herrn entschlafen ist.

In tiefer Trauer:  
Der Sohn: **Wilh. Klein mit Fam.**  
Beerdigung Dienstag nachmittag 2 Uhr.

**Sofort lieferbar.**  
**Drehstrom-Motore**  
3 PS. 220/380 Volt, Kurzschluß-Anker  
Fabrikat Konz.

**Schleifring-Motore**  
4—5 PS. 220/380 Volt, Fabrikat Konz.

**Wolff Braun, Calw,**  
Installationsgeschäft, Fernspr. Nr. 29.

Forstamt Calmbach.  
**Nadelstammholz-Verkauf**

Am Montag, den 25. Juni 1923, vormittags 9 1/2 Uhr, in Calmbach zur „Somme“ aus Staatsw. Distr. Eiberg, Heimenhardt und Rühlbing: Fo. 273 Stämme mit Fm.: 216 I., 177 II., 103 III., 12 IV., 6 V. Kl.; 72 Abschnitte mit Fm.: 24 I., 39 II., 18 III. Kl. und 1331 La., 50 Fm-Stämme mit Fm.: 371 I., 298 II., 331 III., 211 IV., 69 V., 12 VI. Kl.; Abschnitte: 235 La., 1 Fm. mit Fm. 98 I., 64 II., 43 III. Kl. Losverzeichnisse durch die Forstdirektion G. f. H., Stuttgart.

**Gebrauchtes Piano**  
sucht zu kaufen.  
Klaviertechniker Sattler, Pforzheim, Gellerstr. 18.

== Sie ==  
schädigen sich selbst  
wenn Sie sich eine Zeitung halten, die nicht in der Lage ist, Sie mit den Wirtschaftsfragen auf dem Laufenden zu erhalten, die für Sie und Ihre Wirtschaft in Betracht kommen.

**Vor Schaden bewahren Sie sich**  
wenn Sie eine Zeitung lesen, die ein genaues Spiegelbild des gesamten Wirtschaftslebens des Bezirkes gibt. Darum bestellen Sie sofort das „Calwer Tagblatt“, Sie sind dann über Preisbildungen, Käufe und Verkäufe jegl. Art unterrichtet.

**Herren- u. Damenkleider**  
reinigt und bügelt zu billigen Preisen  
Badstraße 368.

(Statt Karten.)  
**Helene Fischer Hermann Winterle**  
Verlobte  
Calw  
Schmie OA. Maulbronn  
Juni 1923.

**Bin stets Käufer für Birn- Kirsch- u. Nußbaumholz**  
ferner verkaufe äußerst günstig **2 Schlafzimmer**  
tannen, Schrank 120, verschiedene **Kücheneinrichtungen**  
und einen leichten **Leiterwagen** fast neu  
Anfragen erbittet telefonisch  
**Ehr. Buchter, Schreinermeister Gchingen,**  
Fernsprecher Nr. 6.

**Wie soll**  
Ihre Rundschau wissen, daß Sie sich neue Artikel zugelegt haben, wenn Sie dies nicht im Anzeigenteil dieses Blattes bekannt geben?

**Drahtstifte**  
in allen Abmessungen liefern billigst aus Lagerverrat  
**Kayher & Santert Pforzheim,**  
Eisen—Stahl—Metalle,  
Fernsprecher 3325. Weiherstraße 35.